**+
Gemeinde Südlohn**

**Niederschrift
über die Sitzung**

Gremium: Rat
vom: 17.06.2015

10. Sitzungsperiode / 08. Sitzung

Ort: Großer Sitzungssaal
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 22:05 Uhr

Anwesenheit:

I. Mitglieder:

1. Bürgermeister Herr Christian Vedder
2. Frau Maria Bone-Hedwig
3. Herr Robert Bratus
4. Herr Hermann-Josef Frieling
5. Herr Wilhelm Hövel
6. Herr Heinrich Icking
7. Herr Alois Kahmen
8. Herr Karlheinz Lüdiger
9. Frau Elisabeth Nienhaus
10. Herr Günter Osterholt
11. Herr Andreas Peek
12. Herr Ingo Plewa
13. Herr Michael Schichel
14. Frau Christel Sicking
15. Frau Karin Schmittmann
16. Herr Ludger Rotz
17. Herr Klemens Lüdiger
18. Herr Hans Brüning
19. Frau Rita Penno
20. Frau Barbara Seidensticker-Beining
21. Herr Rolf Stödtke
22. Herr Jörg Schlechter
23. Herr Josef Schleif
24. Herr Maik van de Sand

II. Entschuldigt:

1. Herr Frank Engbers
2. Herr Jörg Battefeld
3. Herr Günter Bergup

III. Verwaltung:

1. AL 10 - Werner Stödtke
2. AL 20 - Martin Wilmers
3. AL 60 - Dirk Vahlmann
4. Schriftführerin Eva Mensing

TOP 3.: Sachstand Roncalli-Gemeinschaftshauptschule

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Herr Stöttke trägt zur aktuellen Schulsituation vor.

Die Entscheidungsbefugnis obliegt zunächst dem Rat gem. § 81 Abs. 2 des Schulgesetzes NRW.

Vorgesehen ist zunächst das sukzessive Auflösen der Hauptschule Südlohn mit der Aussage, den jetzigen Klassen 8 und 9 bis zum Schuljahr 2016/2017 den Abschluss in Südlohn zu ermöglichen.

Entsprechend der schulfachlichen Beratung durch das Schulamt beim Kreis Borken ist mit den Nachbarstädten Borken und Stadtlohn über die dortigen Aufnahmemöglichkeiten der derzeitigen Klassen 5, 6 und 7 und über mögliche Dependance-Lösungen gesprochen worden. Beide Schulträger sind Lösungen grundsätzlich aufgeschlossen. Unter Berücksichtigung der derzeitigen Informationen und weiteren Entwicklungen am jeweiligen Schulstandort zeichnet sich insbesondere eine Lösung mit der Losbergschule Stadtlohn als gangbarste Variante ab. Ob dies im Wege einer Dependance oder durch Übernahme der Klassen mit vertrautem Lehrpersonal in freie Klassenräume der Nachbarkommune erfolgen kann, ist noch abschließend konzeptionell zu klären. Im Falle einer Dependance-Lösung mit Stadtlohn ist ebenso zu entwickeln, wie die Südlohner Halbtagsschule dann mit der Stadtlohner Ganztagschule „kompatibel“ gemacht werden kann.

Die weiteren Verfahrensschritte werden erläutert. Es ist ein konkreter, formaler Beschluss der Gemeindevertretung über die zu treffende Maßnahme (Auflösung, ab wann etc.) herbeizuführen. Zur Erlangung der Rechtskraft bedarf dieser Beschluss der Genehmigung der Bezirksregierung als obere Schulaufsichtsbehörde. Hier ist u.a. ein detaillierter Plan über die weitere Abwicklung vorzulegen. Der Schulträger hat darauf explizit einzugehen, wie ein ordnungsgemäßer Unterrichtsbetrieb aufrechterhalten werden kann. Sobald dieser bedroht ist, ist die Schule endgültig aufzulösen.

Seitens der Verwaltung sind hier noch folgende Verfahrensschritte vorgesehen:

- Beratung im Schulausschuss am 16.09.2015 mit Erarbeitung der Beschlussempfehlung
- vorherige Beteiligung der Schulkonferenz der Roncalli-Hauptschule.

Es sollen zudem abschließende Gespräche mit dem Schulträger Stadtlohn geführt werden. Insbesondere bei der Dependance-Lösung werden ähnliche Verfahrensschritte wie oben aufgeführt in Stadtlohn erforderlich werden. Auf der Südlohner Seite soll dies bis zur Ratssitzung am 21.10.2015 erfolgt sein, um daran anschließend einen genehmigungsfähigen Beschluss bei der Bezirksregierung Münster einreichen zu können. Die hier bisher eingeleiteten Maßnahmen und Gespräche haben sich dabei bisher eng an dem geäußerten Eltern- und Kollegiumswunsch orientiert.

Die **CDU-Fraktion** hebt hervor, dass das politische Gremium den Bürgerwillen dokumentieren solle und sich deutlich hinter diese Situation stellen müsse. Die Sorge von Seiten der Eltern (Unterschriftenaktion) müsse beachtet werden. Die **Fraktion** erbittet in der heutigen Sitzung einen politischen Beschluss. Die Übernahme der Schülerinnen und Schüler in die Borkener Hauptschule sieht die Fraktion anlässlich der neuen Kooperation Borkener Hauptschule mit Raesfeld nicht mehr gegeben. Die Fraktion wünscht den Erhalt der Klassen auf dieser Schule, sie ist ortsnah und genießt einen guten Ruf auch überregional. Zudem sei eine gute Zusammenarbeit mit den Firmen vorhanden.

Die Fraktion betont weiter, dass der Rat die Schulpolitik im Blick halten, sich klar positionieren und ein unterstützendes Votum abgeben müsse.

Die **UWG-Fraktion** schließt sich der Meinung der CDU-Fraktion voll inhaltlich an. Dass die Hauptschule nicht weitergeführt werden kann, ist Fakt; aber die Fraktion bittet die Verwaltung, frühzeitig Informationen einzureichen, damit alles getan wird, was möglich sei. Die Fraktion ist weiter der Meinung, dass die Schüler so lange wie möglich in Südlohn unterrichtet werden sollen.

Die **SPD-Fraktion** schließt sich der CDU-Fraktion parteiübergreifend an.

Die **Grüne Fraktion** spricht sich eindeutig für die Elternwillenlösung aus. Die Fraktion kennt die Probleme vor Ort und will sich hierfür einsetzen.

RM Herr Schlechter, FDP, schließt sich den Fraktionen an; er steht hinter der Schule; der Elternwille solle unterstützt werden.

Beschluss: Einstimmig

Der Rat der Gemeinde Südlohn begrüßt die Initiative von Eltern, Schülern und Lehrern zur Weiterführung der jetzigen Klassen 7, 8 und 9 der Roncalli-Hauptschule am Standort Südlohn. Der Rat fordert die Schulverwaltung auf, eine gute unterrichtliche Versorgung am Standort Südlohn auch im Sinne einer Kooperationslösung mit der Losbergschule Stadtlohn zu gewährleisten.

TOP 4.: Euregio: Beschlussfassung neue Satzung; Änderung der Mitgliedsbeiträge

Sitzungsvorlage-Nr.: 47/2015

Beschluss: Einstimmig

1. Die Gemeinde Südlohn stimmt der Satzung für den grenzüberschreitenden Zweckverband EUREGIO zu und beschließt den Beitritt zum Zeitpunkt seiner Gründung.
2. Die Gemeinde Südlohn stimmt der Erhebung eines Mitgliedsbeitrages – vorbehaltlich der von der EUREGIO-Verbandsversammlung festzusetzenden Beitragsordnung – von 0,29 € pro Einwohner und Jahr zu, wobei bis zur Auflösung des EUREGIO e.V. die Beiträge der Gemeinde Südlohn zum grenzüberschreitenden Zweckverband mit den Beiträgen der „Kommune“ für die Mitgliedschaft im EUREGIO e.V. verrechnet werden. Die Haushaltsmittel für den Beitrag von 0,29 € pro Einwohner und Jahr werden bereitgestellt.
3. Die „Kommune“ benennt die folgenden Vertreter/innen sowie deren Stellvertreter/innen für die EUREGIO-Verbandsversammlung:
Bürgermeister, Stellvertreter (1) Allg. Vertreter oder (2) AL federführendes Amt Gemeinde
4. Die Gemeinde Südlohn weist ihre/n Vertreter/innen für die Mitgliederversammlung des EUREGIO e.V. an, der Auflösung des EUREGIO e.V. nach erfolgreicher Gründung des grenzüberschreitenden Zweckverbandes EUREGIO zuzustimmen.

Ferner weist die Gemeinde Südlohn ihre/n Vertreter/innen an, dass abweichend von Art. 18 der Satzung des EUREGIO e.V. dessen Vermögen bei Auflösung nicht an die Mitglieder fällt, sondern auf den grenzüberschreitenden Zweckverband EUREGIO übertragen wird.

TOP 5.: 2. Finanzzwischenbericht 2015 für die Gemeinde Südlohn und ihre Betriebe

Sitzungsvorlage-Nr.: 64/2015

Der Kämmerer, **Herr Wilmers**, gibt den neuen Stand der Finanzwirtschaft der Gemeinde Südlohn bekannt und erläutert einen Ausblick auf das Gemeindefinanzierungsgesetz 2016. Fragen seitens der Ratsmitglieder wurden von **Herrn Wilmers** beantwortet.

Beschluss: Kenntnisnahme

TOP 6.: Geschäfts- und Lagebericht des Grundstücks- und Immobilienbetriebes für das Wirtschaftsjahr 2014

Sitzungsvorlage-Nr.: 45/2015

Der **Vorsitzende des Betriebsausschusses, RM Herr Osterholt**, berichtet, dass der Betriebsausschuss am 06.05.2015 dem Betriebsleiter für das Wirtschaftsjahr 2014 vorbehaltlos Entlastung erteilt hat. Zugleich empfiehlt er dem Gemeinderat, folgende Beschlüsse zu fassen:

Beschluss: Einstimmig

1. Der Jahresabschluss des Grundstücks- und Immobilienbetriebes der Gemeinde Südlohn zum 31.12.2014 wird mit den im Geschäftsbericht ausgewiesenen Zahlen festgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2014 schließt mit einem Jahresüberschuss ab.
2. Der im Geschäftsbericht 2014 entstandene Überschuss in Höhe von 343.521,62 EUR wird der Allgemeinen Rücklage zugeführt.
3. Dem Betriebsausschuss wird für das Wirtschaftsjahr 2014 vorbehaltlos Entlastung erteilt.

TOP 7.: Geschäfts- und Lagebericht des Kultur- und Freizeitbetriebes für das Wirtschaftsjahr 2014

Sitzungsvorlage-Nr.: 44/2015

Der **Vorsitzende des Betriebsausschusses, RM Herr Osterholt**, berichtet, dass der Betriebsausschuss am 06.05.2015 dem Betriebsleiter für das Wirtschaftsjahr 2014 vorbehaltlos Entlastung erteilt hat. Zugleich empfiehlt er dem Gemeinderat, folgende Beschlüsse zu fassen:

Beschluss: Einstimmig

1. Der Jahresabschluss des Kultur- und Freizeitbetriebes der Gemeinde Südlohn zum 31.12.2014 wird mit den im Geschäftsbericht ausgewiesenen Zahlen festgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2014 schließt mit einem Jahresüberschuss ab.
2. Der im Geschäftsbericht 2014 entstandene Überschuss in Höhe von 270.662,77 EUR wird der Allgemeinen Rücklage zugeführt.
3. Dem Betriebsausschuss wird für das Wirtschaftsjahr 2014 vorbehaltlos Entlastung erteilt.

TOP 8.: Mitteilung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 2014

Sitzungsvorlage-Nr.: 48/2015

Es wird auf die Sitzungsvorlage Nr. 48/2015 verwiesen. Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben müssen nicht mehr genehmigt werden, sondern lediglich von der Verwaltung mitgeteilt werden. Nachfragen erfolgen nicht.

Beschluss: Kenntnisnahme

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden zur Kenntnis genommen.

TOP 9.: Übertragung von Ermächtigungen

Sitzungsvorlage-Nr.: 49/2015

Es wird auf die Vorlage Nr. 49/2015 verwiesen. Nachfragen erfolgen nicht.

Beschluss: Kenntnisnahme

TOP 10.: Jahresabschluss für das Jahr 2014

Sitzungsvorlage-Nr.: 26/2015

(Die Sitzungsleitung übernimmt der 1. stellv. Bürgermeister, Herr Kahmen.)

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 20.05.2015 den Jahresabschluss 2014 geprüft. Der stellv. Ausschussvorsitzende, **RM Herr Plewa**, berichtet über die Sitzung. Die Prüfung des Ausschusses hat zu keinen Beanstandungen geführt, so dass der Ausschuss sich dem Testat des Wirtschaftsprüfers anschließt und sich dies zu eigen macht. Er stellt den Antrag auf vorbehaltlose Entlastung des Bürgermeisters.

In Anschluss an die Beschlussfassung dankt der 1. stellv. Bürgermeister, **Herr Alois Kahmen**, namens des Gemeinderates dem **BM** und den Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Der **BM** dankt für das entgegengebrachte Vertrauen und die intensive Zusammenarbeit, insbesondere dankt er dem Team der Kämmerei.

Beschluss (1): **Einstimmig**

Der Jahresabschluss zum 31.12.2014 und der Lagebericht werden in den vorliegenden Fassungen festgestellt. Der Jahresabschluss und er Lagebericht sind gem. § 96 Abs. 2 GO NRW öffentlich bekannt zu machen und zur Verfügung zu halten. Ebenso erfolgt eine Veröffentlichung im Internet.

Beschluss (2): **Einstimmig**

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 221.201,17 EUR wird der Ausgleichsrücklage entnommen.

(BM Herr Vedder nimmt an der Beschlussfassung (B 3) nicht teil.)

Beschluss (3): **Einstimmig**

Dem Bürgermeister wird vorbehaltlos Entlastung erteilt.

TOP 11.: Gesamtabschluss 2014

Sitzungsvorlage-Nr.: 46/2015

(Die Sitzungsleitung übernimmt der 1. stellv. Bürgermeister, Herr Kahmen.)

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 20.05.2015 den Gesamtabschluss 2014 geprüft. Der stellv. Ausschussvorsitzende, **RM Herr Plewa**, berichtet über die Sitzung. Die Prüfung des Ausschusses hat zu keinen Beanstandungen geführt, so dass ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt worden ist. Er stellt den Antrag auf vorbehaltlose Entlastung des Bürgermeisters.

In Anschluss an die Beschlussfassung dankt der 1. stv. Bürgermeister, **Herr Alois Kahmen**, namens des Gemeinderates dem **BM** und den Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Der **BM** dankt für das entgegengebrachte Vertrauen und die intensive Zusammenarbeit, insbesondere dankt er dem Team der Kämmerei.

Beschluss (1): **Einstimmig**

Der Gesamtabschluss zum 31.12.2014 und der Lagebericht werden in den vorliegenden Fassungen festgestellt. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind gem. § 96 Abs. 2 GO NRW öffentlich bekannt zu machen und zur Verfügung zu halten. Ebenso erfolgt eine Veröffentlichung im Internet.

Beschluss (2): **Einstimmig**

Der Jahresüberschuss in Höhe von 392.983,22 EUR wird der Ausgleichsrücklage zugeführt.

(BM Herr Vedder nimmt an der Beschlussfassung (B 3) nicht teil.)

Beschluss (3): **Einstimmig**

Dem Bürgermeister wird vorbehaltlos Entlastung erteilt.

TOP 12.: Einrichtung von Haushaltssperren durch den Kämmerer

Sitzungsvorlage-Nr.: 56/2015

Der **Kämmerer, Herr Wilmers** fragt nach, ob die Sperrvermerke zur Kenntnis genommen werden oder ob die Sperrvermerke aufgehoben werden sollen

Die **CDU-Fraktion** ist der Ansicht, zurzeit die Sperrvermerke zur Kenntnis zu nehmen und bei Bedarf aufzuheben.

Die **UWG-Fraktion** trägt vor, dass Mittel für ein vernünftiges Weiterlernen gesichert sein müsse. Bei Bedarf solle sich die Schule melden, anschließend würde dann im Gremium darüber entschieden.

Die **SPD-Fraktion** betont, dass ein Signal nach außen gesetzt werden solle. Falls erforderlich, sollen die Mittel bereitgestellt werden. Mit den Schulen müsse eine Vereinbarung getroffen werden, sich zu melden, falls Bedarf bestünde. Anschl. würde dann erneut im Gremium hierüber beraten und beschlossen, bzw., falls notwendig, die Sperrvermerke aufgehoben werden.

Beschluss: **Einstimmig**

Die folgenden Sperrvermerke des Kämmerers werden zur Kenntnis genommen

Nr.	Buchungsstelle	Bezeichnung	betroffene Maßnahme	Sperre
1	21.01.01.523105	Baul. Unterhaltung St. Vitus-Schule	Maler-/Deckenarbeiten und Beleuchtung im Anbautrakt	33.000 €
2	21.01.03.523105	Baul. Unterhaltung GHS Roncalli	Renovierung von 5 Klassenräumen, Anschaffungen im Informatikraum 2	58.500 €
3	21.01.03.523602	Neuanschaffung von Schuleinrichtungen		4.000 €
4	21.01.03.5*	Schulbudget GHS Roncalli insgesamt		3.400 €
				98.900 €

TOP 13.: Bericht über die überörtliche Prüfung der Gemeindekasse 2015

Sitzungsvorlage-Nr.: 51/2015

Der Kämmerer, Herr Wilmers, informiert über die Prüfung der GPA.

Auf Nachfrage der **CDU-Fraktion** teilt der **Kämmerer Herr Wilmers** mit, dass der Tagessatz bei ca. 550,00 € liege, d.s. ca. 3.000,00 € für die gesamte Prüfung. Die **CDU-Fraktion** regt an, die jeweiligen Landtagsabgeordneten zu mobilisieren und nachzufragen, ob eine derartige Prüfung notwendig sei.

Fragen seitens der Ratsmitglieder wurden von der Verwaltung beantwortet.

Beschluss: **Einstimmig**

Der Rat nimmt den Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW über die überörtliche Prüfung der Gemeindekasse Südlohn in der Zeit vom 16. bis 30.04.2015 zur Kenntnis.

Die Sinnhaftigkeit von großen Teiles des Inhaltes des Prüfungsberichtes wird bezweifelt.

TOP 14.: Antrag der CDU-Fraktion vom 17.05.2015 betr. neues Finanzierungsmodell zur Sanierung von Wirtschaftswegen in Südlohn und Oeding

Sitzungsvorlage-Nr.: 59/2015

(RM Herr K.H. Lüdiger ist während der Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.)

Die **CDU-Fraktion** merkt an, mehrfach aus allen Fraktionen der anwachsende Sanierungsstau aufgegriffen worden sei und im Rahmen einer Mitfinanzierung über die Grundsteuer A eine planmäßige Vorbereitung notwendiger Wirtschaftswegesanierung gefordert würde. Dieser Schritt wurde in der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 21.01.2015 diskutiert und fand aus Sicht der **CDU-Fraktion** überwiegende Zustimmung. Da das Verbandsmodell „Wirtschaftswegeunterhaltungsverband“ zur Zeit ruhe und bereits viele Jahre auf die Umsetzung des Modells gewartet worden sei, muss nun über eine andere Finanzierung nachgedacht werden, um den Sanierungsstau zu beseitigen. Es bestehe dringender Handlungsbedarf. Sie schlägt vor, die Grundsteuer A zu erhöhen; die Gemeinde Raesfeld habe hierdurch seit 6 Jahren gute Erfahrungen gemacht und zahlreiche Wirtschaftswege erneuert. Zum 01.01.2016 sollten die notwendigen Vorbereitungen für die Umsetzung erfolgen. Die bestehenden Rücklagen sollen aufgelöst werden. Seitens der Fraktion wird betont, dass sie nicht gegen die Gründung eines Wirtschaftswegeverbandes seien, sondern möchten eine Finanzierungszwischenlösung. Nach der Gründung eines Wirtschaftswegeverbandes, welcher aus Sicht der **CDU-Fraktion** wohl nicht mehr erfolgen wird, sollten die Steuern wieder gesenkt werden.

Die **SPD-Fraktion** schließt sich der CDU-Fraktion an. Eine Sanierung der Wirtschaftswege sei dringend erforderlich; sie betont, dass diese Wege durch die großen landwirtschaftlichen Geräte zerstört würden bzw. wurden. Die Fraktion fragt sich, wie diese Finanzierung zu stemmen sei.

Der Kämmerer, **Herr Wilmers** teilt mit, dass nach dem Inhalt des Antrages der **CDU-Fraktion** ein Mehraufkommen von derzeit 38.000,00 € vorhanden sei.

Die **UWG-Fraktion** ist der Meinung, dass die Anlieger an der Sanierung der Wirtschaftswege beteiligt werden sollen. Die Fraktion hat ein Problem damit, die Steuer zu erhöhen, da diese nicht zweckgebunden ist und befürchtet, dass diese nach 5 Jahren nicht gesenkt würden. Das Verursacherprinzip würde so nicht berücksichtigt. Die **UWG-Fraktion** ist gegen eine Anhebung der Grundsteuer A. Sie stimmt demnach dem Antrag der CDU-Fraktion nicht zu.

Die **CDU-Fraktion** betont, dass diese Erhöhung nicht zweckentfremdet wird. Auch im Innenbereich wurden die KAG-Beiträge erhöht, warum dann jetzt nicht die Grundsteuer A. Sie fragt ergänzend an, ob die Ausschreibung für die Sanierungen schon im Winter erfolgen kann.

Herr Wilmers betont, dass vor einer Ausschreibung die Haushaltssatzung beschlossen und bekannt gemacht werden muss, da dann erst rechtlich eine Finanzierung gesichert sei.

Die **Grüne Fraktion** merkt an, dass die Landwirte als Verursacher im Außenbereich zu den Kosten herangezogen werden müssten. Die Fraktion möchte zurzeit noch nicht über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen, da noch zu viele Fragen offen seien. Ende des Jahres könnte ein Lösungsvorschlag erfolgen. Im Falle einer Hebesatz-Satzungsänderung für das Jahr 2016 wäre es dann noch früh genug.

Der **BM** sieht die Erhöhung der Grundsteuer A skeptisch, der Weg zum Wirtschaftswegeverband sei sinnvoll. Der **BM** liest eine Presse-Mitteilung des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen vor betreffend „Kommunaler Schuldenstand erfordert rasches Handeln“. U.a. wird hierin mitgeteilt, dass u.a. der Versuch, über die Erhöhung der Grundsteuer die Einnahmen zu erhöhen, an die Grenzen der Akzeptanz in der Bürgerschaft stoße. Steuersätze könnten nicht beliebig erhöht werden, ohne den sozialen Frieden zu gefährden, so wird in der Mitteilung gewarnt.

Zudem müsste bei jeder Anhebung des fiktiven Steuersatzes durch die Landesregierung erneut die Grundsteuer A in der Gemeinde entsprechend erhöht werden, um eine konstante Einnahmesituation zu erreichen. Dies führt zu einer dauerhaften Steigerung der Grundsteuer A, da die Landesregierung u.a. nach den tatsächlich erhobenen Grundsteuern den fiktiven Grundsteuersatz bemisst.

Nach der Diskussion über eine eventuelle Erhöhung der Grundsteuer A kommen alle Fraktion zu dem Ergebnis, die Beschlussfassung hierüber zu vertagen. Alle Fraktionen sind sich einig, hierüber vor der nächsten Beschlussfassung Lösungen zu erarbeiten.

Die **CDU-Fraktion** hält an ihrem Antrag fest. Die Gremien, u.a. auch die Wirtschaftswegekommision können zwischenzeitlich tagen. Der Antrag soll dann in der Ratssitzung im Oktober erneut zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Herr Wilmers wird dann ggfls. für die Dezember-Ratssitzung (evtl. Änderung der Hebesatz-Satzung) eine Sitzungsvorlage vorbereiten.

Die **Grüne Fraktion** bittet den BM, in Angelegenheiten des Wirtschaftswegeverbandes einen Eigentümer aus dem Außenbereich einzuladen, der nicht Landwirt ist.
Der BM sagt dies zu.

Beschluss: **22 Ja-Stimmen**
1 Enthaltung

Der Rat vertagt die Beratung und Entscheidung über den CDU-Antrag vom 17.05.2015 zur befristeten Anhebung der Grundsteuer A auf die Ratssitzung am 09.12.2015.

TOP 15.: Mitgliedschaft in der kvw-Beihilfekasse

Sitzungsvorlage-Nr.: 65/2015

(RM Herr K.H. Lüdiger und RM Herr van de Sand sind während der Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.)

Beschluss: **Einstimmig**

Die Gemeinde Südlohn beantragt zum 01.09.2015 die Mitgliedschaft in der kvw-Beihilfekasse. Die Mitgliedschaft erfolgt gegen Erstattung der Beihilfeleistungen und der Verwaltungskosten. Zugleich werden ab diesem Datum die Durchführung von Widerspruchsverfahren und die Vertretung in gerichtlichen Verfahren auf die Kvw-Beihilfekasse übertragen.

TOP 16.: Haushaltsplan der Musikschule Südlohn-Oeding e.V. für das Jahr 2015

Sitzungsvorlage-Nr.: 52/2015

(RM Herr Bratus und RM Herr van de Sand sind während der Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.)

Beschluss: **21 Ja-Stimmen**
1 Enthaltung

Der Rat der Gemeinde Südlohn stimmt dem Haushaltsplan der Musikschule Südlohn-Oeding e.V. für das Haushaltsjahr 2015 in der vorliegenden Fassung zu.

TOP 17.: 6. Fortschreibung Abwasserbeseitigungskonzept der Gemeinde Südlohn 2016-2021

Sitzungsvorlage-Nr.: 60/2015

(RM Herr van de Sand ist während der Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.)

Herr Vahlmann teilt mit, dass keine Maßnahmen hinzugekommen sind.

Beschluss: **20 Ja-Stimmen**

3 Enthaltungen

Der Rat beschließt den vorgelegten Entwurf als 6. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzepts (ABK) der Gemeinde Südlohn (§ 53 Abs. 1 Nr. 7 LWG).

**TOP 18.: 4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30 "Gewerbegebiet Trim-bach" im Ortsteil Südlohn
Ausgleichsflächen und -maßnahmen hinsichtlich des Arten- und Naturschutzes**

Sitzungsvorlage-Nr.: 57/2015

Beschluss: Kenntnisnahme

**TOP 19.: Antrag der Grüne Fraktion vom 25.05.2015 betr. Einführung des "Bremer Mo-dells" in der Gemeinde Südlohn /
Anregung nach § 24 GO des Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus und Ge-walt - für Toleranz aus Südlohn und Oeding vom 01.06. zur selben Thematik**

Sitzungsvorlage-Nr.: 68/2015

Die **Grüne Fraktion** ist der Auffassung, dass diese Thematik immens wichtig sei und die Krankenversor-gung für Flüchtlinge und Asylanten ohne Umwege sichergestellt werden müsse. Je mehr Kommunen dieses Verfahren umsetzen, umso zügiger wird es umgesetzt.

Der **BM** teilt hierzu mit, dass weitere Kommunen diese Einführung positiv sehen und auch begleiten werden. Weiter teilt er mit, dass das Bremer Modell nicht dafür sorgt, dass die Flüchtlinge/Asylanten Mitglieder der Krankenkassen werden, die Arbeit bleibt in den Kommunen. Die Mitarbeiter der Verwaltung würden hier-durch entlastet werden, und die Flüchtlinge/Asylanten könnten direkt in die ärztliche Behandlung, da der Gang zur Kommune entfällt. Eine Hemmschwelle wäre so gar nicht erst gegeben.

Die **SPD-Fraktion** berichtet über ein Verfahren in den Niederlanden, in dem die Flüchtlinge/Asylanten ein Komplettpaket mit mehreren Versicherungen erhalten. Dieses sollte auch hier angedacht werden. Der **BM** merkt an, dass in den Niederlanden ein anderes Recht herrsche und das Bundesrecht geändert werden müsste.

Beschluss: Einstimmig

1. Die Gemeinde Südlohn will die medizinische Regelversorgung für Flüchtlinge und Asylbewerber verbes-tern und deren Krankenbehandlung auf eine gesetzliche Krankenversicherung in Anlehnung an das „Bremer Modell“ übertragen. Hierbei erhalten Leistungsberechtigte nach §§ 4 und 6 AsylbLG eine Kran-kenversicherten-Chipkarte der gesetzlichen Krankenversicherung.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit den gesetzlichen Krankenkassen aufzunehmen, möglichst gemeinsam mit weiteren Kommunen des Kreises Borken, um eine entsprechende Vereinba-rung auf Grundlage des § 264 Abs. 1 SBG V zu treffen.

**TOP 20.: Neubesetzung der Schiedsämter in der Gemeinde Südlohn für die Wahlperiode
2015-2020**

Sitzungsvorlage-Nr.: 62/2015

**Beschluss: 23 Ja-Stimmen
1 Enthaltung**

Das Gemeindegebiet wird in die Schiedsamtbezirke Südlohn und Oeding geteilt.

Für die Wahlperiode 2015-2020 werden als Schiedspersonen bestellt:

- a) für den Schiedsbezirk Südlohn: Heinrich Sibbing, Friedhofstraße 21, 46354 Südlohn
- b) für den Schiedsbezirk Oeding: Udo Hayk, Birkenstr. 1, 46354 Südlohn

Beide Schiedspersonen vertreten sich im Fall der Verhinderung gegenseitig.

TOP 21.: Wirtschaftswegesanieierung 2015

Sitzungsvorlage-Nr.: 72/2015

Fragen seitens des Rates wurden von der Verwaltung beantwortet. In der nächsten Bau-, Planungs- und Umweltausschusssitzung sollen seitens der Verwaltung Vorschläge für die zu sanierenden Wirtschaftswege für das Jahr 2016 in Höhe der noch vorhandenen Rückstellung von ca. 330.000,00 € gemacht werden. **RM Herr Kahmen** schlägt vor, zukünftig die zu sanierenden Wirtschaftswege im Winter auszuschreiben, um bessere Preise zu erlangen und dann im Frühjahr zu bauen. Die Verwaltung erläutert, dass dies haushaltsrechtlich für 2016 nicht möglich ist.

Beschluss: **22 Ja-Stimmen**
2 Enthaltungen

Der Rat der Gemeinde Südlohn beschließt die Wege Wienkamp links (Weg Nr. 98, jedoch nur die ersten 210 m), Eschlohn (43) einschließlich einseitig Rasengittersteine und Leegenweg beidseitig mit Rasengitterstein vom Baugebiet bis Abzweig Engberding im Jahr 2015 im Zementverfestigungsverfahren (Mix-in-Place) und neuer Asphalt-Tragdeckschicht zu sanieren. Zudem wird im Jahr 2015 das Reststück Wienkamp links (98) gefräst und mit einer leichten wassergebundenen Decke befestigt. Die entsprechenden Haushaltsmittel werden aus den Rückstellungen freigegeben.

RM Herr Brüning stellt den Antrag, ebenfalls die Wege 50, 51 und 53 im Jahr 2015 zu sanieren, da sie in einem sehr schlechten Zustand seien.

Beschluss: **3 Ja-Stimmen**
2 Enthaltungen
19 Nein-Stimmen

Die Wege Nr. 50, 51 und 53 (Eschlohn) zu Gesamtkosten von 54.000,00 € (vgl. VL 41/2015) werden im Jahr 2015 gemäß VL 41/2015 saniert.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten. Er ist somit abgelehnt.

TOP 22.: Mitteilungen und Anfragen

22.1.: Treffen der Werkgroep Duitsland Winterswijk und der Bilateralen Arbeitsgruppe Südlohn am 17. April 2015 in Oeding

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Der **BM** liest ein Schreiben der Gemeente Winterswijk vor, in dem sie sich im Namen des Deutschland-Ausschusses herzlich für das interessante und gemütliche Treffen am 17.04.2015 in der Gemeinde Südlohn bedankt. Das nächste Treffen möchte die Gemeente Winterswijk im Frühling 2016 organisieren.

Beschluss: **-/-**

22.2.: Kosten für Flüchtlingsunterbringung - Zusätzliche Gelder für Städte und Gemeinden im Kreis

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Der **BM** teilt aus einer Pressemitteilung des Bundestages mit, dass sich Bund und Länder einig sind, dass sie zur Bewältigung der großen Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber in einer Verantwortungsgemeinschaft stehen. Sie sind sich ebenso einig, dass durch gemeinsame Anstrengungen klarer unterschieden werden muss zwischen denen, die Schutz brauchen, und denen, die keine Bleibeperspektive haben. Der Bund wird die pauschale Hilfe für Länder und Kommunen im Jahr 2015 verdoppeln. Ab 2016 wird sich der Bund strukturell und dauerhaft an den gesamtstaatlichen Kosten, die im Zusammenhang mit der Zahl der schutzbedürftigen Asylbewerber und Flüchtlinge entstehen, beteiligen. Für die Gemeinde Südlohn ergibt sich rechnerisch ein Zusatzbeitrag in Höhe von 32.203,00 €. Näheres wird in der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und -chefs der Länder am 18. Juni beschlossen.

Beschluss: -/-

22.3.: Kostenfreies WLAN in beiden Ortsteilen

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Der **BM** teilt berichtet, dass ein für die Bürgerschaft kostenfreies WLAN in beiden Ortsteilen (in den Ortskerne) vorgesehen ist. Das Projekt läuft an. Über den weiteren Fortgang wird berichtet werden.

Beschluss: -/-

22.4.: Einstellung einer/s Auszubildenden zum 01.08.2016

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Der **BM** gibt bekannt, dass die Gemeinde Südlohn zum 01.08.2016 eine/n neue/n Auszubildende/n einstellen wird.

Beschluss: -/-

22.5.: Sitzungsterminänderungen: Schul-, Jugend- und Sozialausschuss und Kultur- und Sportausschuss

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Der **BM** gibt bekannt, dass die Sitzungen des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses vom 30.09. auf den **16.09.2015** und des Kultur- und Sportausschusses vom 11.11. auf den **30.09.2015** vorverlegt werden.

Beschluss: -/-

22.6.: LEADER-Auswahlverfahren

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Der **BM** teilt mit, dass die gemeinsame Bewerbung der Städte Vreden, Stadtlohn, Gescher sowie die Gemeinde Südlohn zwecks Anerkennung als LEADER-Region berkele schlinge leider nicht erfolgreich war. Hierzu verliest er ein Schreiben der Stadt Gescher für die beteiligten Kommunen an das Ministerium für Klimaschutz und Umwelt, Herrn Minister Johannes Rimmel, in dem die Kommunen ihre Enttäuschung darlegen. Es wird versucht, über die zuständigen Fachbehörden der Bezirksregierung weitere Fördermittel zu akquirieren, um dadurch die Realisierung zumindest einiger wichtiger Projekte in den beteiligten Kommunen doch noch be-

werkstelligen zu können. Da die Kommunen nicht die Gründe in der Absage des Prüfungsgremiums erhalten haben, wünschen sich die Kommunen eine Mitteilung hierüber, um zukünftig passgenauere Lösungen zu entwickeln, die dann mehr Aussicht auf Erfolg erwarten lassen.

RM Herr Frieling zeigt sich enttäuscht über die Absage der Bewerbung, ohne Begründung. Es sei keine Transparenz vorhanden. Die Projektideen bzw. Vorschläge aus der Bevölkerung müssten berücksichtigt werden. Mit der Gemeinde solle ein INTERREG-Projekt entwickelt werden. **Herr Frieling** schlägt vor, ein Sondergremium zu gründen, das nach den Ferien zur Beratung tagen und die Vorschläge der Bevölkerung aufgreifen solle, damit die Arbeit nicht umsonst war.

Der **BM** regt an, diese Thematik in der Sitzung des Kultur- und Sportausschusses am 30.09.2015 zu beraten. Vorgeschlagen wird, vorab die in der LEADER-Bewerbung eingebrachten Projektideen der Niederschrift beizufügen.

Anmerkung der Verwaltung:

„Die dem Endbericht der LES (Lokale Entwicklungsstrategie) und damit dem Antrag auf Anerkennung der LAG berkel schlinge als Leader-Region zugehörige Auflistung der Projektideen ist beigefügt. Die ergänzten Anmerkungen machen aufmerksam auf die

- *Projektideen aus der Gemeinde,*
- *Projektideen, die unter Beteiligung von Südlohn entstanden sind und im Ansatz gemeinschaftlich umgesetzt werden sollten,*
- *Projektideen mit möglichen Auswirkungen für bzw. Beteiligung von Südlohn*

Der LES-Endbericht findet sich unter www.inspektour.de/index.php/service/berkel-schlinge.html.“

Beschluss: -/-

22.7.: Rechnungsprüfungsausschuss

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

(RM Herr Rotz ist während dieser Mitteilung nicht im Sitzungssaal anwesend.)

RM Herr Plewa fragt an, inwieweit die Anregung in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 20.05.2015, zu einer nächsten Sitzung einen Mitarbeiter der KDG einzuladen, Beachtung findet. Die Verwaltung wird es berücksichtigen.

Beschluss: -/-

22.8.: Sperrmüllabfuhr

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

RM Frau Seidensticker-Beining fragt an, wie die Termine der Sperrmüllabfuhr geregelt sind.

Die Sperrmüll- und Schrottabfuhr erfolgt ab dem 01.01.2015 zwei Mal jährlich. Die Abfuhr erfolgt nur nach vorheriger, rechtzeitiger Anmeldung. Eine Anmeldung kann telefonisch, per e-Mail, durch Vordruck im Internet www.suedlohn.de/sperrmüll oder per Karte (liegt dem Abfallkalender bei) erfolgen. Der genaue Termin wird den Bürgern bei der Anmeldung oder 14 Tage vor dem Abholtermin mitgeteilt. Erläuterungen hierzu stehen auch im Innenteil des Abfallkalenders.

Beschluss: -/-

22.9.: Ruhebänke im Oedinger Busch

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

RM Herr Kahmen fragt an, ob an 3 Ruhebänken im Oedinger Busch die Mülleimer installiert werden könnten.

Die Verwaltung wird sich hierum kümmern.

Beschluss: -/-

Christian Vedder
Bürgermeister

Eva Mensing
Schriftführerin